

Zitierhinweis

Heinen, Armin : recension de : Daniel Barbu, Die abwesende Republik, Berlin : Frank & Timme, 2009, dans : Südost-Forschungen, 69/70 (2010/2011), p. 640-644, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/88358c102d7efc6a77f1047c01fae6f9>



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Daniel BARBU, Die abwesende Republik. Übers. Larisa SCHIPPEL. Berlin: Frank & Timme 2009. 364 S., ISBN 978-3-86596-208-9, € 39,80

Wer Rumänien verstehen will, muss Daniel Barbus Buch lesen. Es gibt ja nicht viele deutschsprachige Analysen, die sich der Herausforderung einer komparativen Deutung des rumänischen Transformationsprozesses stellen und dabei den langen Atem haben, die Geschichte seit 1859 zu betrachten. Ein 1997 erschienener Aufsatz von Enikő Baga und Melanie Tatur¹ fällt mir dazu ein und einige Essays von Anton Sterbling.² Ansonsten dominiert doch eher der Blick auf die Revolution von 1989 sowie die nachfolgende Entwicklung. Barbus Analyse, dass die kommunistische Diktatur und die Revolution 1989 in der Kontinuität gescheiterter Demokratiegründungen in Rumänien seit 1859/1866 stehe und die Transformation in Rumänien nach 1989 keinesfalls mit den Transformationsprozessen in Tschechien, Ungarn oder Polen vergleichbar sei, durchbricht tatsächlich den rumänischen *common sense*. Partizipative Mitwirkungschancen hätten, so Barbu, die Regime Gheorghiu-Dejs und Nicolae Ceaușescu ebenso bereitgehalten wie die Pseudodemokratien zuvor: in Form von Aushandlungsprozessen zwischen zentraler Anordnung und lokaler Realisierung, als Klientelstruktur oder als private Nutzbarmachung gesellschaftlichen Eigentums. Keine andere Diktatur in Osteuropa habe so viel Unterstützung gefunden wie die rumänische, wenn man etwa die Zahl der Dissidenten und der Parteimitglieder miteinander in Beziehung setze. Das ist eine ganz andere Geschichte, als sie normalerweise erzählt wird. Selten sind dabei die Ursachen für die Differenz zwischen zentraler, in Gesetze gegossener „höherer Vernunft“ und der konkreten sozialen Praxis vereinbarter Gesetzesübertretung vor Ort für die rumänische Geschichte so klar herausgearbeitet worden wie von Daniel Barbu.

Dabei ist der politikwissenschaftliche Ansatz Barbus eher „altmodisch“. Barbu selbst verweist auf die Tradition der älteren, will sagen, griechischen politischen Philosophie. Aus deutscher Sicht würde man seinen Zugang als normativ-ontologisch charakterisieren, als Versuch, die Logik des politischen Handelns herauszuarbeiten und sie an den Werten einer guten Ordnung zu messen. Nicht die Fakten selbst stehen im Mittelpunkt, sondern die dahinterliegenden Handlungslogiken.

In sechs Kapitel hat Barbu seinen Band unterteilt. Im Vorwort schildert er seinen methodischen Zugriff und begründet sein Anliegen einer Repolitisierung der rumänischen Gesellschaft. Wenn Rumänien mehr und anderes werden wolle als ein Verband von Machtcliquen, die soziales, politisches, ökonomisches und kulturelles Kapital bündeln und deren Legitimation allein durch den Rekurs auf die ethnisch verstandene Nation herzustellen sei, dann bedürfe das Land eines bewussten Streits seiner Bürger um eine gerechte Ordnung.

In der Einleitung stellt Barbu das rumänische Panorama vor – einen Kommunismus, der zusammenbrach, weil er sein Versprechen auf wirtschaftliche Besserung nicht einzulösen vermochte; die Revolution als Surrogat für eine ausgehandelte Systemtransformation; die fehlende Vergangenheitsbewältigung, weil die Revolution den totalen Bruch in Szene setzte, ohne freilich aus frustrierten Konsumenten und machtgierigen Technokraten Staatsbürger zu machen; die Vielzahl autoritativer Meinungen und das Fehlen einer deliberativen Öffentlichkeit.

Kapitel 1 charakterisiert den rumänischen Kommunismus als ein weit weniger repressives System als vielfach angenommen wird. Seine Stärke und Schwäche entsprach der Stärke

und Schwäche eines „faulen Monopols“ (Albert Hoffmann). Mitwirkungschancen hielt er für jene bereit, die partizipieren wollten, und ebenso Ausstiegsoptionen für jene, denen die individuellen Kosten zu hoch waren. Er ließ ein System entstehen, in dem die zentral verabschiedeten Gesetze nicht viel mehr als Handlungsvorschläge darstellten, deren Wirksamkeit vor Ort ausgehandelt werden musste. Das stärkte die Position der Vermittler, also der Kader, und schwächte das Rechtsempfinden. Der rumänische Kommunismus lehrte die „Ethik der Verantwortungslosigkeit“.

Kapitel 2 handelt von der Transformation selbst. Als „politische Ökonomie der Ungeduld“ charakterisiert Barbu seine Perspektive, doch eigentlich geht es um „Vergangenheit, die nicht vergeht“, konkret also um die Inflation der Gesetzgebung, mit der die Macht des Staates ausgedehnt werden soll, statt sie zu beschränken, um den Widerspruch der rumänischen Verfassung zwischen ethnisch verstandenem Nationsbegriff und dem Volk der Staatsbürger, um den Antikommunismus als totalitäre Klammer der in Patronagegruppen geschiedenen Parteienherrschaft und um die ausbleibende Diskussion alternativer Gesellschaftsmodelle. Barbu beobachtet eine ungenügende Ausdifferenzierung von Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft und die Verschmelzung von politischer Analyse und Politikgestaltung durch die rumänischen Politiker-Intellektuellen.

Wer aber soll die Umgestaltung steuern, wenn, wie Kapitel 3 darlegt, das „politische Subjekt“ fehlt? Die rumänische Revolution war eine „Nicht-Revolution“. Anders als der Französischen Revolution ging ihr keine Phase der Aufklärung voraus. Sie brach unerwartet über die TV-Konsumenten herein. Brot wollte die große Mehrheit der Rumänen und erhielt stattdessen Freiheit. Einige wenige erprobten auf dem Bukarester Universitätsplatz das utopische Gegenmodell, blieben jedoch ohne gesellschaftlichen Rückhalt. In der Revolution hatten die Rumänen ihr privates Leben gegen den Staat verteidigt, jetzt setzten sie auf eine republikanische Monarchie, um sich dadurch dem Zwang zur staatsbürgerlichen Teilnahme zu entziehen. „Die Rumänen machen keine Transformation“, so das Fazit Barbus, „sie ertragen, sie erleiden sie.“ Der repräsentativen Demokratie fehle das handelnde Subjekt.

Der pessimistischen Analyse stehen bei Barbu nur wenige positive Alternativen gegenüber. Offenbar würde er das Mehrheitswahlrecht für Rumänien präferieren, da es klare Verantwortlichkeiten herstelle und damit die Politisierung der Gesellschaft vorantreibe. Hin und wieder spricht er sich für eine föderale Untergliederung des Landes aus. Der EU mit ihren an Strukturen und Prozessen orientierten Anforderungen traut er zu, kritische Wirkungsmacht zu entfalten, im Unterschied zum NATO-Beitritt, der nur Sichtbarkeit garantiert habe, aber keine inneren Veränderungen erfordere.

Für den deutschen Leser sind vor allem die zahlreichen Vergleiche mit der Bonner Demokratiegründung aufschlussreich. Barbu streut immer wieder entsprechende Hinweise ein, um die Defizite des rumänischen Transformationsprozesses herauszuarbeiten. Tatsächlich scheint mir der Erkenntnisgewinn des Bandes vor allem in der komparativen Perspektive zu liegen, denn sie abstrahiert vom konkreten rumänischen Kontext, ordnet den „rumänischen Sonderfall“ ein in eine Vielzahl von Transformationsverläufen und erlaubt zugleich eine „Diskussion“ mit Barbus Schlussfolgerungen, die den deutschen Leser zum kompetenten „Gesprächspartner“ macht.

Für Daniel Barbu ist das Bonner Grundgesetz ein Beispiel gelungener Fundierung des Staates auf der „Res publica“, für die Verankerung der politischen Ordnung in der Gemeinschaft der Staatsbürger, während die rumänische Verfassung den Staat an den Anfang stelle und ihn als Protektor des rumänischen Volkes verabsolutiere. Die Beobachtung ist gewiss zutreffend, sie erkennt aber ein wesentliches Element der deutschen Demokratiegründung zwischen 1945 und 1949. Diese beruhte nämlich weniger auf dem Gedanken, das Volk in sein Recht als Souverän einzusetzen als auf demjenigen, dessen Macht zu begrenzen. Montesquieu, nicht Rousseau stand bei der Abfassung des Grundgesetzes Pate. Wenn, wie die Alliierten glaubten, ein direkter Weg von Luther zu Hitler führte, wenn die Deutschen „willige Vollstrecker“ gewesen waren, wie später Daniel Goldhagen die Sichtweise zusammenfasste, dann konnte der Demokratisierungsprozess nicht das Volk zum Subjekt haben, sondern musste dort einsetzen, wo die Macht des Volkes durchbrochen und dieses zu Lernprozessen gezwungen war. Das bedeutete für die politische Grundordnung Deutschlands die klare Trennung der Gewalten, die Zulassung weniger Richtungsparteien 1945/1946, die Betonung des Repräsentativsystems, die Ausbildung einer „wehrhaften Demokratie“, die kontrollierte Einbindung ehemaliger Nazis in die neue Ordnung, eine auffallende Dezentralisierung der Macht, die Separation von Faktendarstellung und Kommentaren in den Medien usw. Nicht das christdemokratisch-katholische Projekt der Subsidiarität eröffnete den Weg zur Demokratisierung Deutschlands – wie dies Barbu meint –, was dem orthodoxen Rumänien tatsächlich wenig Entwicklungschancen ermöglichen würde, sondern die Westeinbindung und die in Institutionen verfestigte Ausratung der Macht.

Wer 1960 die mentale Verankerung der Demokratie in Deutschland beobachtete, musste die Entwicklung höchst skeptisch beurteilen. Zwar hatte das „Wirtschaftswunder“ das Vertrauen in die Politik gefestigt, doch waren viele der Deutschen keineswegs zu überzeugten Demokraten geworden. Dazu bedurfte es eines zweiten fundamentalen Umbruchs als Folge eines politischen Generationswechsels, des Aufbegehrens der Linken gegen die Verhärtungen des Kalten Krieges, des Misstrauens in die USA als demokratischem Vorbild und des Vertrauens in die eigene Zukunftsfähigkeit. Warum, so ist zu fragen, sollte die rumänische Demokratie auf Anhieb Gestalt annehmen, wenn die deutsche unter günstigeren Umständen mehr als 25 Jahre dazu benötigte? Und bedarf nicht auch der Westen eines neuen Demokratieverständnisses, so wie in den langen 1960er Jahren, damit die rumänische Jugend, diesem Beispiel folgend, sich erfolgreich von den Älteren und deren output-orientierter Politikeinstellung abgrenzen und emanzipieren kann?

Insgesamt scheint mir die Analyse des Transformationsprozesses durch Barbu allzu statisch angelegt, gleichsam stillgestellte Geschichte, bei der die Tiefenstrukturen konstant bleiben und nur die Oberfläche sich verändert. Aber das trifft meiner Wahrnehmung nach nur auf einzelne Aspekte der Transformation zu, denn tatsächlich schafft diese ja permanent neue Rollenmodelle und neue Interaktionsformen. Unmittelbar nach 1989, um ein Beispiel anzuführen, besaß das staatliche Fernsehen ein kaum eingeschränktes Monopol, während heute die meist über Kabel vernetzten Haushalte Zugriff auf zahlreiche rumänischsprachige und ausländische Fernsehsender haben. Das fördert für sich genommen noch nicht unbedingt die Demokratisierung, aber es löst die Fiktion der Nation als visuelle Gemeinschaft auf und gestaltet sie zu einer Ansammlung lose verkoppelter Zuschauergruppen um. Rol-

lenbilder werden hierdurch ebenso pluralisiert wie durch die Auslandsaufenthalte vieler rumänischer Studierender oder die tägliche Zusammenarbeit mit westlichen Managern und Unternehmern.

Barbu charakterisiert gleich zu Beginn die Revolution als Belastung für den Transformationsprozess, da sie einen Schlusstrich zur Vergangenheit zog und diese nicht wie bei den ausgehandelten Transformationen des übrigen Osteuropa diskursiv abwickelte. Diese Einschätzung der rumänischen Revolution kann ich nicht teilen. Tatsächlich waren die Ereignisse vom Dezember 1989 revolutionär, Rumänien erlebte eine wirkliche Revolution, nicht, wie Barbu meint, ihr schwaches Surrogat. Gerade ihr durchschlagender Erfolg, der rasche Sieg der „Revolutionäre“, verhinderte, dass der Lebensalltag der Menschen umfassend umgestaltet und neu geordnet wurde. Dafür blieb einfach keine Zeit.

„Normalerweise“, so schreibt Barbu, „blicken Revolutionen nach vorn und rechtfertigen sich aus ihrer Fähigkeit, eine völlig neue soziale Realität auf die Welt zu bringen. Die Dezemberrevolution legitiimierte sich hingegen mit dem zweifachen Bezug auf die Vergangenheit und auf das Modell der westlichen Demokratien“ (247). Eine solche Verurteilung des rückwärtsgewandten und an ausländischen Modellen orientierten Umbruchs verkennt meiner Ansicht nach jedoch das Wesen neuzeitlicher Revolutionen. Die Französische Revolution jedenfalls resultierte aus dem Versuch, die alte Ordnung wiederherzustellen. Erst im revolutionären Vollzug erhielt sie ihren umwälzenden Charakter. Erst die rückwärtsgewandten Aufstände der unteren Schichten und die Konterrevolution der traditionellen Eliten zwangen die Verfassungseliten voranzuschreiten und sich auch habituell von der Vergangenheit abzuwenden. Doch selbst dann stand die Revolution nicht am Anfang demokratischer Entwicklung. Die französische wie die deutsche Demokratie verdanken ihre Entstehung außenpolitischen Niederlagen. Das gilt für die III., IV. und V. französische Republik, aber auch für die Bundesrepublik. Was Rumänien offenbar bräuchte, ist nicht ein gereinigter Kult der Revolution, sondern eine vertiefte Einsicht in die eigene Niederlage. Barbus pessimistischer Grundton passt insofern zu den Grundvoraussetzungen demokratischen Neubeginns.

Selten habe ich in den letzten Jahren eine politikwissenschaftliche Studie gelesen, die ähnlich breit in die internationale Forschung eingebunden ist wie das Werk Barbus. Dieser liest nicht nur Rumänisch und Englisch, sondern auch Italienisch, Französisch und Deutsch. Das ermöglicht ihm eine Weite des Blickes, die in der allzu englischlastigen deutschen Politikwissenschaft in den letzten Jahren, meiner Wahrnehmung nach, verloren zu gehen droht. Anderes dagegen ist für den deutschen Leser eher gewöhnungsbedürftig. Die rumänische Wissenschaft hat in den letzten Jahren eine Form der Verschriftlichung ihrer Gedanken herausgebildet, die auf den deutschen Leser als Zumutung wirken kann. Im Kern beruht das rumänische Leseangebot auf einem fundamentalen Mangel an Zeit seitens der Verfasser. Da verstärken sich gegenseitig die polychrone Zeitorganisation des Südens und die Überforderung infolge mangelnder Ausdifferenzierung der sozialen Rollen als Intellektuelle und als Politiker, als Wissenschaftler und als Manager. Bücher werden daher als Sammlung kurzer Essays verfasst, manche davon nur eine oder zwei Seiten lang, und allesamt sind sie mit einer provokanten, doch zugleich die Argumentation nur andeutenden Überschrift versehen. Bei Barbu lauten die Überschriften dann etwa: „Kultur der Einstimmigkeit“ (60), „Zustimmung durch Kultur“ (61), „Niemand bleibt unbeobachtet“ (64)

usw. Argumentationsstrukturen werden somit nur für den Eingeweihten nachvollziehbar angedeutet. Da auch jegliche organisierenden Textelemente fehlen, weder Schluss noch Einleitung den Gesamtgang der Darlegung reflektieren, Zwischenzusammenfassungen und Überleitungen ausbleiben – sie würden ja die Sammlung der in sich geschlossenen Essays durchbrechen –, muss das gesamte Buch durchgearbeitet und nachvollzogen werden, soll die Argumentation wirklich verstanden werden. Das ist sozusagen das Gegenprogramm zu den provokativen Kurztexten für den eiligen Leser, der Zwang zur Verlangsamung der Lektüre, die schmerzhaft Einladung zum Selber-Denken.

Daniel Barbus Kunstsprache ins Deutsche zu übersetzen bedarf selbst der Kunstfertigkeit. Sprachwitz, Fremdwörter, Metaphern zeichnen seine Darlegungen aus, auch scheut er nicht vor langen Sätzen zurück. Aufklärung meint für ihn weniger anglo-amerikanische Einfachheit und Präzision der Argumentation als brutale Konfrontation mit den semantischen Widersprüchen der rumänischen Begrifflichkeit. In gewisser Weise ist Barbu unübersetzbar. Dass es Larisa Schippel größtenteils gelungen ist, den sprachkritischen Geist ins Deutsche zu transponieren, ist ihr hoch anzurechnen.

Aachen

Armin Heinen

¹ Enikő BAGA/Melanie TATU, Rumäniens Sonderweg in Mitteleuropa. Ein Beitrag zu den zivilgesellschaftlichen Ressourcen der Transformation in Mitteleuropa, *Comparativ* 4 (1997), 114–135.

² So Anton STERBLING, Kontinuität und Wandel in Rumänien und Südosteuropa. Historisch-soziologische Analysen. München 1997.

Heike KARGE, Steinerne Erinnerung – versteinerte Erinnerung? Kriegsgedenken in Jugoslawien (1947–1970). Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2010. 268 S., ISBN 978-3-447-06270-1, € 48,-

Mit der Studie der Historikerin Heike Karge über das Kriegsgedenken im kommunistischen Jugoslawien zwischen 1947 und 1970 liegt uns ein Werk vor, das die Geschichtswissenschaft in mindestens dreifacher Weise bereichert. Erstens wird darin auf dem Niveau einer Mikrostudie der jugoslawische Veteranenbund (VB), der „Bund der Kämpfer des Volksbefreiungskrieges“ untersucht. Zweitens wendet Karge in ihrem Buch erstmals die Begriffe des Gedenkens und des „Erinnerns als Prozess“ im Kontext des kommunistischen Jugoslawien an und verfolgt den dortigen Vergangenheitsdiskurs durch mehrere Phasen. Drittens rekonstruiert sie äußerst sachlich und detailliert die politischen und ideologischen Entstehungshintergründe von kommunistischen Denkmälern in Jugoslawien. En passant beleuchtet sie dabei die nur scheinbar unbedeutenden (innerjugoslawischen) Konflikte, die sich hinter den Entstehungsgeschichten dieser Denkmäler verbargen und auf gewisse brüchige Zustände im kommunistischen Jugoslawien fernab der offiziellen Erinnerungspolitik hindeuten. Auch wenn jede einzelne dieser Perspektiven Gegenstand eines (oder mehrerer) Kapitel(s) sind, so ziehen sie sich im Grunde durch das gesamte Buch und werden